

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 2 / 2012

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

Aufruf an die Bevölkerung in Teltow-Fläming, das Volksbegehren für das Nachtflugverbot am Willy-Brandt-Flughafen BER zu unterstützen!

Nach der gescheiterten Inbetriebnahme des neuen Willy-Brandt-Flughafens aufgrund von schlechtem Projektmanagement, nachlässiger Kontrollen durch den Aufsichtsrat der Flughafen-Berlin- Brandenburg GmbH ist die Enttäuschung bei den CDU Verbänden aus Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf, Großbeeren, Zossen, Ludwigsfelde, dem Kreisverband Teltow-Fläming und dem Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum sehr groß.

Möglicherweise benötigt der Flughafen nun zusätzliche Steuermittel in Höhe von 500 Millionen Euro. In Zeiten knapper Kassen kann die Kostensteigerung nur durch Steuer- und Gebührenerhöhungen bzw. Förderungskürzungen aufgefangen werden. Auf der Strecke bleibt hingegen der Schallschutz. Die Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses werden unterlaufen.

Durch die gescheiterte Inbetriebnahme stehen neue Arbeitsplätze am Flughafen und im Gewerbe im Umfeld des neuen Flughafens auf dem Spiel. Der Teil der Politik, der sich vor Ort für den wirtschaftlichen Erfolg des BER-Flughafens und für den Lärmschutz eingesetzt haben, wurde ohne Vorwarnung vor den Kopf gestoßen.

Mehr noch, das befürchtet Chaos in Tegel ist ausgeblieben. Der zusätzliche Einsatz von Personal bei der Abfertigung, Sicherheitskontrollen und den Gepäckdiensten hat die neue Kapazitätswelle einwandfrei und ohne Beschwerden bisher mit Leichtigkeit aufgefangen. Unser Dank gilt allen fleißigen Mitarbeitern von den Bodendiensten und nicht zuletzt den Fluglotsen der Deutschen Flugsicherung.

Wir mussten feststellen, dass sich der notwendige Flugbedarf ohne wesentliche Aufweichung des vergleichsweise strengen Nachtflugverbots am Flughafen in Tegel hat realisieren lassen.

Große Einigkeit gibt es in den lokalen CDU-Verbänden und dem CDU Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum, dass das Nachtflugverbot mit einer Kernzeit von 22 bis 6 Uhr für beide Startbahnen am neuen BER-Flughafen ausgestattet werden muss, um die hauptbetroffenen Brandenburger in TF und LDS mit den vergleichsweise geringer betroffenen Berlinern gleich zu setzen.

Es ist für uns nicht nachzuvollziehen, weshalb ein Betriebsregime mit strengen Nachtflugeinschränkungen reibungsfrei am Flughafen in Tegel funktioniert, am neuen BER-Flughafen wirtschaftlich und technisch aufgrund des Bedarfs in Spitzenzeiten und den sich daraus ergebenden Anforderungen an die Flugsicherung nicht machbar sein soll.

Die oben benannten örtlichen CDU Verbände, vertreten durch ihre Vorstände, und der CDU Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum, rufen gemeinsam die hiesige Bevölkerung auf, das Volksbegehren für ein Nachtflugverbot zu unterstützen und ihre Unterschriften auf den Gemeindeämtern zu leisten. Es ist die letzte Möglichkeit, der Landesregierung in Brandenburg zu zeigen, dass die lokale Bevölkerung keinen Nachtflug über ihren Köpfen wünscht.

Die CDU Fraktion in der Gemeindevertretung Rangsdorf brachte bereits am 11.11.2010 die Forderung nach einem Nachtflugverbot mit einer Kernzeit von 22 bis 6 Uhr und gegen den Südabflug über Rangsdorf (und Dahlewitz) in die Gemeindevertretung Rangsdorf ein. Diesem Änderungsantrag zur Drucksache 123/10 traten die Fraktionen der FDP, DPR, die Linke und der Abgeordnete der Grünen bei. Am 1.11.2010 war es die CDU Fraktion im Kreistag, die die Forderung nach einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr zuerst einbrachte.

Die anderen Fraktionen des Kreistags Teltow-Fläming schlossen sich an bzw. schoben einen eigenen Änderungsantrag mit dieser Forderung nach.

gezeichnet:

Danny Eichelbaum MdL (CDU Kreisverband TF), Peter Preetz, Ralf von der Bank, Tassilo Soltkahn (CDU Rangsdorf), Michael Wolny (CDU Blankenfelde-Mahlow), Dirk Steinhausen (CDU Großbeeren), Hermann Kühnapfel (CDU Zossen) und Detlef Helgert (CDU Ludwigsfelde)

Quelle: Seite 414 - Planfeststellungsbeschluss 2004

7.1.3.1 An- und Abflugverfahren.....

Da die An- und Abflugverfahren eine wichtige Eingangsgröße insbesondere für die Ermittlung der von dem beantragten Ausbautvorhaben ausgehenden Luftschadstoff- und Geräuschimmissionen darstellen, hat die DFS eine Grobplanung für die An- und Abflugrouten erstellt. Diese Flugrouten basieren auf den derzeit für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld festgelegten An- und Abflugrouten sowie der Lage vorhandener Funknavigationsanlagen der Flugsicherung und gewährleisten eine umfassende Einbindung des ausgebauten Flughafens in das nationale und internationale Flugroutensystem der Flugsicherung. Sie stellen aus Sicht der Planfeststellungsbehörde somit eine durchaus plausible und auch hinreichend konkrete Grundlage für die Ermittlung der Auswirkungen des Ausbautvorhabens dar.

....

Quelle: Pressemitteilung 10. Juni 2012

Sparschwein Polizei - CDU-Abgeordneter fordert die Landesregierung auf, den Personalabbau zu stoppen

„SPD und Linkspartei haben die Polizei in Brandenburg zum Sparschwein gemacht.“ Danny Eichelbaum (CDU) nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er über die Auswirkungen der Polizeistrukturereform spricht. „Die Landesregierung muss in Anbetracht der niedrigen Aufklärungsquoten endlich den Mut haben, den unverantwortlichen Personalabbau bei der Polizei zu stoppen“, fordert der Land- und Kreistagsabgeordnete, nachdem er sich vom Innenministerium ausführlich über die Situation in der Polizeiinspektion Teltow-Fläming und über die Revierbereiche Zossen und Ludwigsfelde hat informieren lassen. So wird perspektivisch bis 2020 in der Inspektion die Zahl der Stellen von 240 auf 193 reduziert. Im Polizeirevier Zossen werden dann statt 41 Polizisten nur noch 38 ihren Dienst versehen. In Ludwigsfelde 36 statt 41. Dieser Abbau, so Eichelbaum, erscheine auf den ersten Blick vielleicht nicht so gravierend, doch mit jedem Polizisten werde auch Sicherheit abgebaut.

„Unsere Polizisten sind und bleiben die einzigen Garanten für eine wirksame Strafverfolgung und die Aufklärung von Straftaten“, so der Christdemokrat. Gut ausgebildete und motivierte Beamte, dazu Polizeireviere mit einer 24-stündigen Erreichbarkeit seien durch keine noch so moderne Technik zu ersetzen.

Zwar ist die Zahl der Straftaten insgesamt im Bereich Zossen seit 2005 von 3843 auf 3631 im Vorjahr zurückgegangen, doch sank im gleichen Zeitraum auch die Aufklärungsquote von 60,2 auf 47,1 Prozent. Anders dagegen die Entwicklung in Ludwigsfelde: Dort wurden 2011 immerhin 5055 Straftaten registriert. 2005 waren es noch unter 4000. Die Aufklärungsquote ist nahezu gleich geblieben (2011: 62,4 Prozent, 2005: 63,1 Prozent). Doch ein Blick hinter diese Zahlen zeigt: Nur sieben Prozent der 302 in Ludwigsfelde angezeigten Fahrraddiebstähle wurden aufgeklärt. Noch schlechter ist die Quote beim Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen. Magere 2,7 Prozent solcher Fälle in Ludwigsfelde und auch nur 4,7 Prozent in Zossen wurden erfolgreich bearbeitet.

MAZ Kommentar

Fred Hasselmann sieht neben Erfreulichem auch viel Bedenkliches in der Statistik Zwiespältige Gefühle

Eigentlich hört es sich gar nicht so schlecht an: Im Vorjahr wurden im Revierbereich Zossen so wenig Straftaten registriert wie seit Jahren nicht. Dabei überrascht, dass – entgegen dem gefühlten Trend – insbesondere die angezeigte Zahl von Sachbeschädigungen deutlich zurückgegangen ist. Statt 600 Fälle im Jahr 2005 waren es „nur“ noch 470. Und es wurde viel weniger aus Autos gestohlen als noch vor einigen Jahren. Das war’s dann aber schon fast mit Erfreulichem. Erstens fallen täglich (!) durchschnittlich noch immer rund zehn Straftaten im Revier Zossen an, zweitens wird nicht einmal mehr jede zweite aufgeklärt. Und drittens ist nicht in Sicht, dass sich die Situation angesichts des Personalabbaus bei der Polizei verbessert. Erschreckend ist nicht zuletzt, dass offenbar die Hemmschwelle sinkt, sich zu streiten, zu prügeln und dabei Menschen zu verletzen. Zwar gab’s schon immer Raufereien – vor allem wenn Teufel Alkohol mit im Spiel ist. Ob am Männertag oder auf Festen. Dass aber die Zahl der Rohheitsdelikte – sowohl in Zossen als auch in Ludwigsfelde – deutlich angestiegen ist, wirft kein gutes Licht auf den Zustand der Gesellschaft. Und so bleiben zwiespältige Gefühle und die Überzeugung, dass beim Thema Sicherheit nicht weiter gespart werden darf.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.05.2012

Die Uhren stehen auf fünf vor zwölf - Kita-Initiative Brandenburg: Erzieherinnen schufteten sich kaputt – zu leiden haben die Kinder

Die Sonne lacht, die Luft ist warm – ideales Wetter zum Spielen unter freiem Himmel. Auf dem großen Spielplatz der DRK-Kita „Löwenzahn“ in Großbeeren herrscht geschäftiges Gewusel. Es wird geschaukelt, gewippt, geklettert, gebuddelt, gelangweilt, gekreischt, gelacht, geweint. Und mittendrin einige Erzieherinnen, die anschubsen, aufpassen, animieren, trösten, ermahnen. Bei diesem Wetter haben sie noch Glück, weil die meisten Kinder sich weitgehend selbst beschäftigen können. Trotzdem ist ständige Konzentration gefragt. Wie anstrengend ein solcher Job sein kann, auch wenn laut brandenburgischem Erzieberschlüssel genügend Betreuer anwesend sind, konnte gestern der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum in der Großbeerer Kita erfahren.

In einer der kleineren Kindergartengruppen mit 13 Kindern soll er eine der beiden Erzieherinnen ersetzen, weil die – so will es das Rollenspiel – wegen Krankheit ausgefallen ist. Damit der pädagogisch eher unerfahrene Abgeordnete überhaupt weiß, was er zu tun hat, steht ihm die angeblich ausgefallene Erzieherin zur Seite. Dabei soll Silke Schneider nichts tun oder anfassen, was ihr sichtlich schwer fällt. Um auf ihre vielfältigen Aufgaben aufmerksam zu machen, die sie neben der Kinderbetreuung auch noch zu erledigen hat, wie Beobachtung, Dokumentation, Entwicklungsgespräche, Urlaubsvertretung, Weiterbildung, hat sie das alles auf ihr weißes T-Shirt geschrieben.

In der zweiten Stunde kommt Eichelbaum zu den Krippenkindern. Ein Dutzend Anderthalb- bis Zweijährige wollen jetzt zu Mittag essen und warten mit großen Augen und offenen Mündern vor ihrem Raum. „Die sind ja niedlich!“, sagt Eichelbaum. „Was will denn der Onkel hier?“, denken sich die Knirpse, tapsen aber willig zu den Waschbecken, wo sie sich von ihm die Hände waschen lassen. Danach werden die Lätzchen umgebunden und Klopse mit Kartoffelbrei ausgeteilt. Nach dem Füttern heißt es ausziehen und Windeln wechseln. Sobald die Kleinen ihren Mittagsschlaf halten, kann sich der Abgeordnete wieder seiner parlamentarischen Tätigkeit widmen.

Eichelbaums Einblick in die Berufswirklichkeit der Kita-Erzieherinnen war zwar nur kurz, aber eindrücklich. Er sagt: „Was wir hier nicht schaffen, müssen wir später reparieren.“ Das war ihm aber auch schon vorher klar.



Doch das ist genau das Argument, das Kita-Leiterin Simone Rathmann immer wieder vorbringt, nur etwas drastischer ausdrückt: „Wenn am Fließband jemand ausfällt und er nicht ersetzt wird, entsteht am Ende Ausschuss. Unseren Ausschuss sieht man erst viele Jahre später.“

Bei der Stellensituation in Brandenburg kämen die Kinder einfach zu kurz, bedauert Rathmann. „Zwischen 80 und 100 Tage im Jahr steht eine Kollegin mit ihrer Gruppe ganz allein da, also mit der doppelten Anzahl an Kindern. Wie soll man sich da noch den Kindern individuell zuwenden?“, fragt sie sich. Da bleibt der pädagogische Ansatz des Landes hinter der Realität zurück. Irgendwie schaffe man es dann doch, weil an dem Job so viel Herzblut klebe, nur arbeite man sich dabei kaputt. Auch deshalb steht die Aktionswoche der Kita-Initiative Brandenburg unter dem Motto „Es ist 5 vor 12“. Gefordert wird mehr Zeit, mehr Zuwendung, mehr Bildung, also mehr Erzieher für die Kinder.

„Ich schreie weniger wegen der Kolleginnen“, sagt Simone Rathmann, „sondern mehr wegen der Kinder.“ Anstatt später teure Programme aufzulegen, um Bildungs- und Erziehungsdefizite zu kompensieren, sollte gleich mehr in die frühkindliche Erziehung und Betreuung investiert werden.

Der gegenwärtige Personalschlüssel liegt bei einem Erzieher für sechs Krippenkinder beziehungsweise zwölf Kindergartenkinder. Dabei gibt es noch Abzüge von 20 Prozent für Kinder, die nur bis zu sechs Stunden am Tag betreut werden. Die Kita-Initiative fordert dagegen einen Personalschlüssel von 1:4 beziehungsweise 1:10, der stufenweise erreicht werden soll. Außerdem sollte die Kita-Leitung bei Einrichtungen mit mehr als 100 Kindern von der

Gruppenarbeit befreit werden, die Erzieherinnen mehr Urlaub und mehr Zeit für Weiterbildung und für Vor- und Nachbereitungen bekommen. Trotz all der Widrigkeiten ist Elternvertreterin Andrea Fecke voll des Lobes für die „Löwenzahn“-Kita und ihre Erzieherinnen. Die Eltern seien sensibilisiert für deren Probleme. „Wenn wir nicht so viele aktive Eltern hätten, sähen wir aber ganz schön blass aus“, sagt sie.

„Dabei haben wir es hier im Speckgürtel noch richtig gut“, ergänzt Kita-Leiterin Rathmann. Hier gebe es so gut wie keine sozialen Problemfälle und verhaltensauffällige Kinder. Weiter südlich im Kreis sehe das ganz anders aus, weiß sie von Kolleginnen. (Von Hartmut F. Reck)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.05.2012

Fukushimas Folgen für den Fläming - CDU-Runde diskutiert die Energiewende / Mehr Bürgerbeteiligung ist nötig, aber vollkommene Zufriedenheit nicht zu erreichen

Vor über einem Jahr beschloss die Bundesregierung die Energiewende. Brandenburgs Landesregierung legte im Februar ihre Energiestrategie 2030 vor. Am Dienstagabend diskutierte eine Podiumsrunde der CDU Teltow-Fläming über das Thema „Die Energieversorgung der Zukunft – Chancen und Risiken“ im Clauerthaus Trebbin.

Danny Eichelbaum, Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter, hatte fachkundige Parteimitglieder dazu gebeten.

Es diskutierten die Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Katherina Reiche, der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Steeven Bretz, Trebbins Bürgermeister Thomas Berger und Hermann Kühnapfel, Landeschef der Unions-Mittelstandsvereinigung.

„Es ist und bleibt ein spannendes Thema, auch ein Jahr nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima“, leitete Eichelbaum die Runde ein. „Die Energiebeschlüsse sind jetzt zehn Monate her und trotzdem hat man das Gefühl, das geht schon ewig“, sagte Reiche. Es handele sich dabei um ein europäisches, nicht nur um ein deutsches Anliegen. Wichtig sei, dass Energie sicher bleibt. „In Deutschland fällt im Jahr nur 14 Minuten der Strom aus. Das ist im Vergleich zu anderen Ländern absolut Spitze“, sagte Reiche. Zudem soll Energiegewinnung nachhaltig sein. „Mit Solardächern oder einer effizienten Hausdämmung, da macht jeder mit. Aber auch unser Landschaftsbild wird sich in den kommenden Jahren verändern, da kommen wir nicht drum herum. Die Konflikte des Energiemixes müssen wir eingehen“, sagte Reiche.



Steeven Bretz sieht im Land noch deutliche Defizite. „In Brandenburg haben wir bisher keinen Einklang gefunden. Der Ausgleich der Interessen der Einzelnen und der Allgemeinheit wurde versäumt“, sagte der Abgeordnete. Seiner Ansicht nach, fehlt ein wichtiger Faktor: „Es gibt keine Speichertechnologie. Wir haben nichts davon, wenn Anlagen immer wieder abgeschaltet werden müssen.“ Auch die Netzinfrastruktur müsse stimmen. 2100 Kilometer neue Netze brauche Brandenburg. Zudem müssen vor allem die Abstandsflächen zur Wohnbebauung einheitlich geregelt werden.

Aus der kommunalen Sicht sprach Thomas Berger sich für eine bessere Regionalisierung aus. „Die Kommunen müssen mehr für ihre eigene Wirtschaftlichkeit tun dürfen. Sie sollen in das Betreibergeschäft einsteigen können – das wäre dann Chancengleichheit“, verlangte der Bürgermeister.

Für Hermann Kühnapfel ist ein günstiger Preis das Wichtigste. „Strom ist schon fast unbezahlbar. Im Netzausbau sind wir zu langsam und die Speichermöglichkeiten fehlen einfach. Wir müssen viel Geld in die Forschung stecken“, sagte er.

In der anschließenden offenen Diskussion wollte Detlef Helgert aus Ludwigsfelde wissen, „wann Fehlfinanzierungen eingestellt werden“. „Es kann nicht sein, dass Firmen billigen Atomstrom kaufen, diesen als Ökostrom verkaufen und dafür noch Subventionen erhalten“, so Helgert. „Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Die Margen sind mittlerweile gesenkt worden, aber die, die von Anfang an dabei sind, die schleppen wir mit uns herum“, antwortete Reiche.

Deutlich wurde in der Runde, dass es keine Lösung gibt, die alle Betroffenen zu 100 Prozent befriedigen wird. Akzeptanz und Toleranz seien nötig, hieß es. Einig war man sich darin, dass mehr Bürgerbeteiligung in Brandenburg nötig sei, ohne dabei zu egoistisch zu denken. „Es muss alles realisierbar sein und wir müssen an alle denken“, sagte Bretz. Das Land steht mit dem beschlossenen Energieumstieg vor der Herausforderung, eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Stromversorgung zu gewährleisten.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.05.2012

Königliches Krönungswetter zum Siethener Spargelanstich

Ein wenig nervös waren Jana Saalfeld und ihre Vorgängerinnen im Amt der Spargelkönigin Diana Fiebig (2005), Henrike Frey (2009) und Lisa Schulz (2011) als sie ihr gestern Vormittag das neue Gewand anlegten. „Ich bin ein wenig aufgeregt, weil heute so viele Leute da sind“ gab Jana zu. Vor der Tür tummelten sich hunderte Spargelfans bei königlichem Wetter und genossen Spargelsuppe und die Musik von Kathrin Albrecht und den Dorfmusikanten. Wie gut die Abläufe mittlerweile eingespielt sind, bewies Spargelbäuerin Runhild Ehlers, die fast entspannt wirkte.

Da hatten die Verkäuferinnen im Hofladen weniger Muße, bei 6,90 Euro für die HK1 musste man auch nicht lange überlegen. Den härtesten Job hatte allerdings ein Schaf am Rande des Biergartens, das im dicken Wollpelz die Hitze ertragen musste. Deutlich kühler war das neue Gewand der Spargelkönigin, welches die Kreativkünstlerin Bianca Leisner angefertigt hatte. „Warm ist es trotzdem“ meinte Jana Saalfeld allerdings. Die 17-jährige Kleinbeuthenerin arbeitet seit einem Jahr auf dem Spargelhof und steckt gerade mitten in den Abiturprüfungen. Danach will sie die Abiturientin auf Lehramt studieren, wobei sie noch nicht genau weiß, in welche Richtung es gehen soll. Den Spargel isst sie übrigens am liebsten als Suppe von Mama, wie Jana erklärte.



Um 11:30 Uhr ging es dann zur feierlichen Krönungszeremonie und nicht nur Spargelbauer Roderich Ehlers war voll der Lobesworte für die neue Königin. Er verkündete bei der Gelegenheit verkündete er, dass die Zukunft des Spargelhofes gesichert ist. Im kommenden Jahr sollen die neuen Spargelfelder angelegt werden.

Für Bürgermeister Frank Gerhard (SPD) ist die Krönung der schönste Termin des Jahres, wie er erklärte. Doch stellte er sich mit der königlichen Schärpe etwas schusselig an und brauchte gleich drei Anläufe, bis sie richtig saß. In Sachen Krönungskuss, sollte Jana I. allerdings nicht zu viel erwarten, wie seine Lebensgefährtin Anne Bellag erklärte. Auf die Frage, ob er ein guter Küsser ist, antwortete sie: „Nein, man muss ihn lieben.“ Neben dem Stadtoberhaupt fanden sich auch Siethens Ortsvorsteher Wilfried Köppen, Landrat Peer Giesecke und der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum ein.

Mit dem Traktor ging es dann auf zum Spargelfeld, da die Pferde am Vorabend leider absagen mussten. Auf dem Feld zeigte Jana I. dann, was sie am Vortag gelernt hatte, denn am Montag sammelte sie ihre ersten Spargelstecherfahrten. In den kommenden Monaten wird Jana I. die Spargelanbauregion Siethen repräsentieren, doch geht ihre Prüfung natürlich vor.

Quelle: www.ludwigsfelde.de, Stand: 02.05.2012

Ängste ernst nehmen - Auch der Personalabbau bei der Polizei war ein Thema

Im Stadtmuseum von Ludwigsfelde informierte am Dienstagabend der innenpolitische Sprecher Björn Lakenmacher, Mitglied der CDU-Fraktion des Landtages, über die gesunkene Aufklärungsrate bei Diebstählen und den bevorstehenden Personalabbau bei der Polizei. Organisierte Diebesbanden seien im Speckgürtel unterwegs, hieß es. Gezielt würden Baumaschinen und Traktoren entwendet. Die Polizei spricht von Auftragsdiebstählen. Die Versicherungen versichern nicht mehr oder nur mit hohem Selbstbehalt für den Kunden.

Noch können die Polizeiwachen Zossen und Ludwigsfelde einen 24-Stunden-Betrieb vorhalten, doch die Polizeistrukturreform des Landes könnte dem einen Strich durch die Rechnung machen, so Lakenmacher. Er war früher Polizeibeamter und wies darauf hin, dass das Land Brandenburg sowohl in der Kriminalitätsbelastung als auch beim Stellenabbau der Polizei führend sei. Allein bei der Kriminalpolizei würden 400 Stellen abgebaut. Dietrich Grimm, Raumausstatter aus Ludwigsfelde, der in diesem Jahr mit seinem Unternehmen sein 20-jähriges Jubiläum feiert, verwies auf die Politik und sagte: „Die Ängste und Sorgen der Bürger werden nicht ernst genommen.“

Aus Gesprächen mit Polizisten wisse er, wie mühsam und zermürbend deren Arbeitsalltag sei. Dennoch könne es nicht angehen, wenn sich Bürger privat zusammenschließen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Eine neue Ermittlungsgruppe, die „EG Villa“, soll Einbrüche in Einfamilienhäuser effektiver bekämpfen und arbeitet länderübergreifend auch mit der Berliner Polizei zusammen. Laut Polizeibericht sind Einfamilienhäuser stärker gefährdet als Mehrfamilienhäuser. Der Ludwigsfelder Joachim Lichtblau kennt das aus seinem Wohnumfeld. „In unserer Siedlung, rundherum, wird immer wieder eingebrochen“, sagte er.

Er lebt auf einem Pferdehof am Stadtrand und gleich mehrere große Hunde geben ihm ein Gefühl von Sicherheit. Dirk Steinhausen, Gemeindevertreter in Großbeeren und Mitglied des CDU-Kreistages, sprach von den Bankeinbrüchen der letzten zwei Jahre in Großbeeren und eine junge Frau aus Lübben erzählte von ihrer Nachbarin, bei der ein Einbrecher am helllichten Tag plötzlich in der Küche stand. „Eine kreuzgefährliche Situation.“



Geleitet wurde die Diskussionsrunde vom Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum, der auch Vorsitzender des Rechtsausschusses der CDU-Fraktion ist.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 05.04.2012

Millionen für TF-Bahnhöfe - Kreis profitiert vom Konjunkturprogramm des Bundes

Der Kreis Teltow-Fläming profitiert maßgeblich vom Konjunkturprogramm des Bundes, erklärt der CDU Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum.

In den zurückliegenden Jahren investierte die Bahn 3,7 Millionen Euro im Kreis. 1,9 Millionen davon stammten aus dem Konjunkturprogramm des Bundes, erfuhr Eichelbaum von Uwe Marxen, dem Leiter des Regionalbereiches Ost der DB Station & Service. Die Bahnstationen Trebbin, Blankenfelde, Dahlewitz, Rangsdorf, Zossen, Wünsdorf, Thyrow und Dabendorf bekamen dynamische Schriftanzeigen. Zusätzlich bekamen der Bahnhof Dabendorf ein Wetterschutzhäuschen und der Bahnhof Trebbin einen Blindenleitstreifen. Bis 2014 sollen alle Bahnhöfe Wetterschutzhäuschen haben. Die größte Baumaßnahme aus dem Konjunkturpaket im Kreis war der Bahnhof Niedergörsdorf. Die größte Baumaßnahme 2012 wird die Verlegung des Haltepunkts Genshagener Heide nach Ludwigsfelde Struveshof.

Dort investiert die Bahn 2,5 Millionen Euro. Wünschenswert wäre die komplett behindertengerechte Ausstattung des Bahnhofs Großbeeren, "bisher ist der leider nur für eine Richtung barrierefrei", so Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 04.04.2012

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

CDU Teltow-Fläming beschließt Zossener Erklärung –

Eichelbaum: Verwaltungsgänge dürfen für die Bürger nicht zu Tagesreisen werden

Der CDU-Kreisvorstand Teltow-Fläming beschloss auf seiner Sitzung am 11. Juni 2012 einstimmig die Zossener Erklärung. Für die Union kommt eine Kommunalstrukturreform nur auf der Basis einer sachlichen Diskussion, konstruktiver Vorschläge und vor allem im Diskurs mit den betroffenen Bürgern in Betracht. Der notwendige Meinungsbildungsprozess muss von unten nach oben und nicht von oben nach unten geführt werden.

Danny Eichelbaum, Kreisvorsitzender der CDU Teltow-Fläming: „Vor einer Kommunalstrukturreform muss zunächst geklärt werden, welche Aufgaben die Gemeinden und Landkreise in Brandenburg erfüllen sollen und wie sie hierzu finanziell ausgestattet werden. Landkreise als Außenposten der Potsdamer rot-roten Landesregierung und Placebo-Gemeinden wird es mit der CDU Teltow-Fläming nicht geben. Vehement lehnt die CDU Teltow-Fläming Mindesteinwohnerzahlen für Gemeinden und Landkreise ab, wie sie in der SPD diskutiert werden.“

„Landkreise und Kommunen dürfen nicht so konzipiert sein, dass es den Bürgerinnen und Bürgern unmöglich gemacht wird, ehrenamtliche Tätigkeiten in den Gemeinden, Städten und im Kreistag für ihre Bürger wahrzunehmen. Verwaltungsgänge dürfen für die Bürger nicht zu Tagesreisen werden. Die 1990 durch die Bürger hart erkämpfte Kommunale Selbstverwaltung darf nicht in Frage gestellt werden.“ – so Danny Eichelbaum.

In der Diskussion um eine erneute Kommunalstrukturreform sind für die CDU Teltow-Fläming folgende Punkte von entscheidender Bedeutung.

- Politisches Engagement und Mitbestimmung spielen sich insbesondere in den Landkreisen und Kommunen ab. Auf kommunaler Ebene ist Politik und ihre Auswirkungen unmittelbar spürbar für den Bürger. Dagegen schaffen anonyme Super-Kreise lediglich hohe Hürden.
- Für die Bürgerinnen und Bürger ist ihr Landkreis und ihre Gemeinde ihre vertraute Heimat mit seinen typischen Besonderheiten, kein schlichtes Verwaltungskonstrukt. Wer diese Kreis- und Gemeindestrukturen zerschlägt, der berührt damit auch wesentliche Organisationsstrukturen des öffentlichen Lebens.
- Subsidiarität bedeutet, dass man Eigenverantwortung vor Regulierung stellt. Danach sollen bei staatlichen Aufgaben zuerst und im Zweifel untergeordnete, lokale Einheiten wie Landkreise oder Kommunen für die Lösung und Umsetzung zuständig sein.
- Wettbewerb um gute Ideen und Lösungen kann es nur geben, wenn man auch Akteure und Freiheiten dafür hat. Mit wenigen großen Landkreisen und Kommunen wird dieser Wettbewerbsgedanke im Land bedeutungslos.
- Die im Landtag eingerichtete Enquetekommission ist ein geeignetes Gremium, in dem auch die Positionen der Kreise und Gemeinden einfließen können und müssen.
- Auch in Zeiten des Internets müssen Behörden und andere Einrichtungen für die Menschen in zumutbarer Entfernung erreichbar sein. Landkreise in denen der Gang zum Landratsamt zur Tagesreise wird, lehnt die CDU Teltow-Fläming konsequent ab.
- Bevor überhaupt über Strukturen gesprochen werden kann, ist zu klären, welche Aufgaben künftig erfüllt werden müssen und wie diese mit der Haushaltskonsolidierung zu vereinbaren sind.

Quelle: Pressemitteilung 12.06.2012

Millionendeal mit Immobilien geplatzt - Landrat räumt Scheitern des Verkaufs ein

Ausgerechnet der letzte Tagesordnungspunkt – Mitteilungen des Landrates – wurde am Montag im Kreishaus zum Knaller. Fast nebenbei informierte Peer Giesecke (SPD) den Kreistag, dass der Verkauf der MBS-Immobilien geplatzt sei. Der Landrat formulierte es harmloser: „Der Käufer musste vom Vertrag zurücktreten. Die Fondsgesellschaft hat Insolvenz angemeldet.“ Giesecke räumte ein, dass „die Gesellschaft“ – gemeint ist die kreiseigene Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SWFG) – dadurch „ein Problem mit der Liquidität“ bekommen könnte. Nicht nur Kornelia Wehlan (Die Linke) fühlte sich „kalt erwischt“ von dieser Nachricht. So hält es Ralf von der Bank (CDU) „politisch für nicht korrekt“, dass Giesecke weder den Aufsichtsrat der SWFG noch die Fraktionsspitzen vorab informiert hat. Das „Zwischen-Tür- und-Angel-Prinzip“, mit dem Giesecke den Kreistag fast beiläufig informiert habe, sei der Ernsthaftigkeit der Sache unangemessen, so von der Bank, der die „Wischi-Waschi-Erklärungen“ des Landrats für unzureichend hält. Für Danny Eichelbaum (CDU) steht fest: „Der versuchte Verkauf der MBS-Immobilien ist ein Flop und eine Luftnummer. Jetzt müssen Managementfehler und persönliche Konsequenzen geprüft werden. Schließlich ist ein angekündigter Millionendeal geplatzt.“ Das Thema wird auf der nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses behandelt. (Von Fred Hasselmann)

MAZ Kommentar:

Blamabel

Fred Hasselmann über einen geplatzen Millionendeal, der nur am Rande erwähnt wurde

Eigentlich war das politische Pulver an diesem Abend schon verschossen. Erfreulich konstruktiv verlief die Diskussion um den Dringlichkeitsantrag der CDU zum Thema Schallschutzmaßnahmen und Flughafeneröffnung. Erwartet kämpferisch dagegen die Debatte um die Kündigung des Vertrages des Kreises mit der Stadt Zossen in puncto Tagesmütter. Doch als einige schon die Unterlagen verstaut und die Kugelschreiber weggelegt hatten, ließ Landrat Peer Giesecke (SPD) – wie nebenbei – die Bombe platzen: Der Verkauf der MBS-Immobilien ist gescheitert. Er sollte dem Kreis und seiner angeschlagenen Struktur- und Förderungsgesellschaft (SWFG) einige – zumindest gedanklich – fest eingeplante Millionen in die leeren Kassen spülen. Für genügend Zündstoff hatte das nicht leicht durchschaubare Immobiliengeschäft immer wieder gesorgt. Vor allem die CDU war es, die stets nachhakte, nachfragte und manchmal den Landrat nervte. Ihre Bedenken und Zweifel waren allerdings nicht ganz unberechtigt, wie sich nun herausstellt. Mit einem Käufer Geschäfte zu machen, der nicht genügend Geld hat, spricht nicht gerade für Professionalität. Kein Wunder also, wenn die CDU nun von „Flop“ und „Luftnummer“ redet. Blamabel ist der geplatzte Verkauf allemal.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.05.2012

CDU Veranstaltung: Polizei weg - Sicherheit weg in Jüterbog am 21.05.2012



CDU-Politiker Eichelbaum: Linkspartei verherrlicht Kommunisten

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag, Danny Eichelbaum, hat der Linkspartei die Verherrlichung antidemokratischer Kommunisten vorgeworfen. „Wer heute noch Ernst Thälmann lobt und ehrt, hat entweder keine Geschichtskennntnisse oder verherrlicht bewusst antidemokratische Kommunisten und übt sich in DDR-Nostalgie“, sagte Eichelbaum.

Thälmann sei kein Kämpfer für Freiheit und Demokratie gewesen, „sondern ein Antidemokrat, der die Weimarer Republik bis aufs Messer bekämpfte und in Deutschland eine Diktatur nach sowjetischen Vorbild errichten wollte“. Die Hauptfeinde von Thälmann seien nicht die Nationalsozialisten, sondern die Sozialdemokraten gewesen, mahnte der CDU-Politiker.

Hintergrund ist eine Rede des Vorsitzenden der Linkspartei in Teltow-Fläming Süd, Klaus Pollmann, anlässlich des Tages der deutschen Kapitulation am sowjetischen Ehrenmal im brandenburgischen Jüterbog. In dieser hatte Pollmann die Forderung der CDU kritisiert, Straßen, Stadien und öffentliche Einrichtungen wie zum Beispiel Schulen umzubenennen, wenn diese die Namen von in der DDR verherrlichten Kommunisten tragen.

„Relativierung faschistischer Verbrechen“

„Wer wohl überlegt 2012 Straßennamen und Denkmale schleifen will, die an die Befreiung vom und den Widerstand gegen den Faschismus erinnern, der spielt denen in die Hände, die faschistische Parolen brüllend durch unsere Gemeinden ziehen“, sagte Pollmann nach einem Bericht der Märkischen Allgemeinen.

Dies passe dazu, dass national-konservative Kreise bis heute Probleme mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands gegenüber der Roten Armee hätten. Der Widerstand gegen Hitler in der Wehrmacht würde heroisiert und „Geschichtsrevisionismus“ sei zum „Volkssport“ geworden. Der 8. Mai dagegen werde nicht als Tag der Befreiung anerkannt. „Mit uns ist eine Relativierung der faschistischen Verbrechen und ein Kleinreden der Verdienste der Roten Armee nicht zu haben“, betonte Pollmann.

Als besonders erschreckend bezeichnete der CDU-Politiker Eichelbaum, die Aussagen des Jüterboger Linkenchefs über den deutschen Widerstand. „Wie in den düstersten Zeiten der DDR wird von Pohlmann die Rolle der Hitler-Widerstandskämpfer innerhalb der Wehrmacht verleugnet. Dabei waren es die Offiziere des 20. Juli 1944 oder des Kreisauer Kreises, die Deutschland die Ehre und Würde wiedergegeben haben, die die Nazi-Verbrecher unserem Land geraubt hatten.“ Die mutige Tat des 20. Juli sei wesentliche Voraussetzung für die Rückkehr des deutschen Volkes in die Gemeinschaft zivilisierter Nationen gewesen.

Quelle: Junge Freiheit, 10.05.2012

Frühjahrstour von Dr. Saskia Ludwig in Thyrow am 17.04.2012



Kreisbereisung Teltow-Fläming

Am 4. Mai 2012 besuchte Dr. Christian Ehler MdEP den Landkreis Teltow-Fläming. Bei einem gemeinsamen Besuch mit der Parlamentarischen Staatssekretarin im Bundesumweltministerium Katherina Reiche bei Rolls Royce in Dahlewitz tauschte man sich zum neuen Forschungsrahmenprogramm aus. Mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum ging es im Anschluss zu einem Agrarbetrieb nach Ludwigsfelde, wo man das Thema Windenergie diskutierte.

Quelle: www.christian-ehler.de Stand: 10.05.2012



Auf der Strecke geblieben

Der Landkreis Teltow-Fläming und sein langjähriger Landrat Peer Giesecke galten als Vorzeigepaar im Osten. Inzwischen häufen sich die Affären. Und nun droht dem SPD-Politiker sogar eine Anklage wegen Bestechlichkeit.

Zossen – Früher galt Teltow-Fläming als Vorzeige-Landkreis in Brandenburg, ja sogar Ostdeutschlands. Und sein Landrat Peer Giesecke (SPD) wurde überregional als Machertyp, in der Mark als „Hoffnungsträger“ gefeiert. Doch die Zeiten haben sich gewandelt: Seit geraumer Zeit hört man aus dem Landkreis im Süden von Berlin immer wieder von Affären. Und jetzt muss der 61-jährige Giesecke, seit fast zwei Jahrzehnten im Amt und damit einer der dienstältesten Landräte Brandenburgs, gar mit einer Anklage wegen Bestechlichkeit rechnen. „Der Verdacht hat sich erhärtet“, bestätigte Brandenburgs Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg. Die für Korruption zuständige Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Neuruppin, die seit zwei Jahren gegen Giesecke und andere Amtsträger aus Teltow-Fläming ermittelt, werde voraussichtlich bis Juni das Verfahren abschließen.

Es geht um teure, insgesamt mehrere Tausend Euro teure Essen in Restaurants, um Reisen nach Mallorca, die ein regionaler Baulöwe Giesecke und anderen Verantwortlichen in den Jahren 2006 bis 2009 spendiert haben soll. Der Unternehmer wiederum durfte gegen den Widerstand des Landesamtes für Denkmalpflege einen denkmalgeschützten Gutshof in Großbeeren abreißen, um dort einen Supermarkt zu bauen. Ohne die massiven Interventionen von Giesecke und anderen Amtsträgern der Region gegen den Rat der Fachleute hätte die damalige Wissenschaftsministerin Martina Münch (SPD), auf deren Tisch der Fall damals landete, die Ausnahmegenehmigung für den Abriss nicht erteilt. Im Falle einer Verurteilung droht Giesecke, der die Korruptionsvorwürfe immer bestritt, die Amtsenthebung. Ein Disziplinarverfahren des Innenministeriums ruht vorerst. Ein Prozess gegen ihn wäre der vorläufige Höhepunkt einer Affäre, bei der vom einstigen Spitzenkreis und seinem Erfolgs-Chef wenig blieb.

Vor einigen Jahren sah alles noch anders aus. Teltow-Fläming lag wegen seiner boomenden, dynamischen Wirtschaftsentwicklung in bundesweiten Rankings unter den Kreisen der neuen Länder regelmäßig ganz vorn, konnte sich als die „Nummer eins im Osten“ feiern. Man hatte Daimler und MTU in Ludwigsfelde angesiedelt und BMW/Rolls-Royce mit einer Produktionsstätte für Flugzeug-Triebwerke in Dahlewitz, die Gewerbetriebsstätten am Berliner Ring

florierten. Man punktete mit Europas längster Skaterbahn „Fläming-Skate“, die Giesecke 100 Kilometer lang bauen ließ und die Tausende Touristen lockt. Er wurde ausgezeichnet, durfte selbst beim damaligen Kanzler Gerhard Schröder über sein Erfolgsgeheimnis berichten.

Doch das Bild vom Boom-Landkreis und seinem Chef bekam schon längere Zeit Risse. Da musste etwa 2003 die angeschlagene, defizitäre Kreissparkasse (Verwaltungsratschef: Giesecke) von der Mittelbrandenburgischen Sparkasse gerettet werden. Da flog Giesecke 2006 nach nur zwei Jahren aus der engeren Führungsspitze der Landes-SPD: Platzeck hatte ihn zum Vize-Parteichef gemacht, war dann aber unzufrieden. Da schoss der Kreis beim Flughafen Schönhagen zu, übernahm sich mit seiner Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die weitere Millionen erhielt. Da gab es um den Landrat Schlagzeilen, mal weil er unbedingt einen 450-PS-Daimler als Dienstwagen fahren, mal weil er den Ex-Mann seiner Frau als persönlichen Referenten einstellen wollte.

Abstand von beiden Vorhaben nahm Giesecke erst nach öffentlichen Protesten. Die Neuruppiner Korruptionsstaatsanwaltschaft fand noch mehr Merkwürdiges nach der Abrissaffäre, die Ermittlungen offenbarten privaten Filz. Giesecke soll Vergaberegeln umgangen, dem Ex-Mann seiner Frau, einem Juristen, einen Auftrag im Wert von 90 000 Euro für rechtliche Bürgerberatungen im Zusammenhang mit dem Hauptstadtflughafen zugeschanzt haben. Im Haushalt des Landkreises tauchte die Summe nicht offen auf, jetzt besteht Untreueverdacht. Auch gegen andere Lokalgrößen von Teltow-Fläming fanden die Ermittler nach dem Abriss des denkmalgeschützten Hauses belastendes Material. Es geht um einen Kreis eng verbandelter Politiker und Unternehmer, die für sich in Anspruch nahmen, ihre Region voranzubringen, dabei aber wohl das Gespür für Grenzen verloren. Gegen den Bauunternehmer wird wegen Bestechung ermittelt. Dem Bürgermeister von Großbeeren, Carl Ahlgrimm (parteilos), werfen die Ermittler „überbordendes Engagement“ für den Abriss des Gutshofes und Vorteilsannahme vor. Auch habe er sich vom Unternehmer fürstlich bedienen lassen. Ein Verfahren wegen teurer Gratis-Essen und dreier Mallorca-Reisen läuft ebenso gegen den Ex-Bürgermeister von Ludwigsfelde, Heinrich Scholl (SPD). Der steht zudem unter Mordverdacht, er soll kurz vor Silvester seine Ehefrau getötet haben. Bei Scholl, der nach 18-jähriger Amtszeit 2008 aus Altersgründen aus dem Amt schied, geht es im Korruptionsverfahren um mehrere Bauprojekte. Der Bauunternehmer hatte sie in Ludwigsfelde umgesetzt, darunter eine 2009 eröffnete, 1,8 Millionen Euro teure Tribüne für das Waldstadion.

Ist also Teltow-Fläming derzeit reich an Negativ-Schlagzeilen um Affären und Korruptionsvorwürfe, so fällt es seit einiger Zeit trotz seiner guten Lage in überregionalen Rankings wirtschaftlich ab, während Nachbarkreise wie Dahme-Spreewald oder Potsdam-Mittelmark vorbeigezogen sind. Obwohl der Kreis zumindest mit seinem Norden im Speckgürtel liegt und dank der dort angesiedelten Firmen nach wie vor einer der wirtschaftlich stärksten im Land ist, gehört er aufgrund seiner Haushaltslage im Land zu den finanziell angeschlagenen. Das Innenministerium erteilte 2011 wegen der Defizite erstmals keine Haushaltsgenehmigung. Im Bescheid ist von einer „dramatischen Entwicklung“ die Rede. Es wurde gerügt, dass sich die haushaltswirtschaftliche Situation zum Vorjahr „noch einmal erheblich verschlechtert“ habe, dass der Landkreis „nicht in der Lage“ sei, „aus eigener Kraft eine nachhaltige Konsolidierung seiner Hauswirtschaft darzustellen“. Das Defizit werde bis 2014 auf satte 63 Millionen Euro anwachsen.

Kein Wunder, dass im Kreis Teltow-Fläming, der seit 2009 aus einer breiten Koalition von SPD, Linken, FDP, Grünen und Bauern regiert wird, die Opposition jetzt Morgenluft wittert. „Es wird endlich Zeit, dass die Staatsanwaltschaft eine Entscheidung im Korruptionsfall Giesecke fällt“, sagt CDU-Kreischef Danny Eichelbaum. Der politische Stillstand, SPD-Filz und Vetternwirtschaft in Teltow-Fläming müsse endlich ein Ende haben.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 23.04.2012

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Offener Brief von CDU-Landtagsfraktionen an Justizminister - Vorgesehene Regelung zu früherem Hafturlaub für Schwerverbrecher gefährdet die Sicherheit der Bevölkerung

Anlässlich der heute beginnenden Justizministerkonferenz wenden sich mehrere CDU-Landtagsfraktionen gegen eine Lockerung der Hafturlaubsregelungen für Schwerverbrecher. Allen Ländern liegt ein Gesetzentwurf vor, wonach Gefangene mit lebenslanger Haftstrafe bereits nach fünf Jahren Freigang erhalten sollen.

Die CDU-Landtagsfraktionen von Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben daher einen Offenen Brief an die Justizminister der Länder und den Vorsitzenden der Justizministerkonferenz mit der Bitte geschickt, sich für eine Beibehaltung der jetzigen „10-Jahresregelung“ einzusetzen.

Dazu sagt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, Danny Eichelbaum:

„Für uns kommt Opferschutz vor Täterschutz. Wir wollen, dass Schwerverbrecher ihre gerechte Strafe in den Gefängnissen verbüßen und nicht bereits nach wenigen Jahren Hafturlaub erhalten. Wir stehen auf der Seite der Bevölkerung, die einen Anspruch auf den Schutz des Staates hat. Mit dem Gesetzentwurf werden hingegen die Interessen von Schwer- und Sexualverbrechern vor die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung gestellt.“

Die Rechtspolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen von Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen lehnen den vorgesehenen Freigang für Gefangene mit lebenslanger Haftstrafe nach fünf Jahren kategorisch ab. Vollzugslockerungen dürfen bei Schwerverbrechern frühestens nach zehn Jahren geprüft werden. Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen in Brandenburg muss Maßstab für einen Gesetzentwurf zum Strafvollzug sein. Lockerungen aus der Haft sind kein Selbstzweck. Die Prüfung des Anspruches auf Hafturlaub nach 10 Jahren hat sich bewährt.“

Zum Hintergrund

Begleitend zum Offenen Brief haben einige Landtagsfraktionen ein gemeinsames Video zur Untermauerung der Forderung erstellt. Dieses finden Sie hier:

<http://www.youtube.com/watch?v=XaoWyIKbdxM&feature=youtu.be>

Quelle: Pressemitteilung, 13.06.2012

Festveranstaltung 20 Jahre
Landesverfassung Brandenburg in
Potsdam am 08.06.2012 mit Kardinal
Woelki



Justitia in Not - Bis 2018 soll jede fünfte Stelle an Gerichten, Staatsanwaltschaften und Gefängnissen gestrichen werden

Wenn in brandenburgischen Gefängnissen ein Häftling aus seiner Zelle möchte, passen zwei Beamte auf. Der eine öffnet die Tür, der andere sichert sie. „So sind die Vorschriften – damit niemandem etwas passiert“, sagt Willi Köbke, Landesvorsitzender der Gewerkschaft für Strafvollzug (BSBD). Nun fürchtet er: „Diese Sicherheit werden wir bald nicht mehr geben können.“ Er vermutet, dass auch die Rechte der Gefangenen wegen Personalmangels bald nicht mehr gewährleistet würden.

Verantwortlich für Köbkes Sorgen ist der Entwurf zur „Personalbedarfsplanung bis 2018“, den Finanzminister Helmuth Markov (Linke) vorgelegt hat. Bei Justizverbänden und Gewerkschaften sorgt das Papier für massive Entrüstung. Sowohl BSBD als auch die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) bezeichnen die Sparpläne als „wüste Orgie der Stellenstreichungen“, die eine funktionierende Justiz zerschlage.

Demnach sollen von insgesamt 48 000 Stellen im Landesdienst 6200 bis 2018 gestrichen werden. Die meisten davon in der märkischen Justiz. Von den bislang 5215 Stellen sollen an Gerichten, bei Staatsanwaltschaften und in Gefängnissen rund 550 Stellen wegfallen. Gewerkschaften gehen sogar von rund 915 Stellen aus. Damit soll der Personalbedarf an den demografischen Wandel angepasst werden. Die Verbände befürchten jedoch, dass der Bevölkerungsrückgang die Justiz nicht entlasten werde.

Immer wieder hat Justizminister Schöneburg in der Vergangenheit betont, dass er verstärkt die Resozialisierung von Strafgefangenen fördern wolle. Pläne, an die im Moment wegen des drohenden Personalabbaus niemand mehr glauben möchte. Über die beabsichtigte Rotstiftpolitik seines Genossen äußerte sich Schöneburg bislang nicht. „Es gibt konstruktive Gespräche auf Arbeitsebene“, sagte Justizsprecher Frank Schauka. Das Gespräch zwischen Schöneburg und Markov stehe noch aus.

Die Zurückhaltung des Justizministers zu dem Thema sorgte vor allem bei der Opposition für Kritik: Schöneburg dürfe sich nicht länger einer Diskussion um die Ausstattung der Dritten Gewalt entziehen und müsse die Abgeordneten einbeziehen, fordert die rechtspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Linda Teuteberg. Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, bezeichnet die Sparpläne sogar als „Katastrophe für die Justiz“. „Es ist verwerflich, dass sich der Justizminister nicht einmal bei seinem eigenen Parteifreund durchsetzen kann“, so Eichelbaum.

Schon jetzt sei die Personallage schwierig. „Die Strafvollzugsbeamten haben alle Hände voll zu tun. Wir haben nicht umsonst einen Krankenstand von 15 Prozent“, sagt Gewerkschafter Köbke. Gefangene dann noch angemessen betreuen zu können, sei ausgeschlossen. Schon jetzt würden sich Insassen beschweren, dass die Beamten ihren Aufgaben nicht mehr ausreichend nachkämen, sagt Köbke. „Selbst der schlichte Verwahrvollzug wird schwierig werden.“

Auch an den Gerichten herrsche Notstand. „Es gibt überall eine personelle Unterdeckung von zehn Prozent“, so CDU-Politiker Eichelbaum. Die Verfahren würden immer länger dauern. So werden in keinem anderen Bundesland Fälle vor dem Verwaltungsgericht so lange verhandelt, wie in Brandenburg. Bis zu 24 Monate müssen sich Betroffene im Schnitt bis zum Urteil gedulden. Für Danny Eichelbaum ein klarer Eingriff in den Rechtsstaat: „Wenn ein Unternehmer einen Bauantrag stellt, muss er zwei Jahre warten, bis er genehmigt wird. Das muss man sich mal vorstellen“, sagt er.

Auch Jugendstrafverfahren an Brandenburgischen Gerichten dauern immer länger. Und das obwohl die Kriminalität unter Minderjährigen rückläufig ist. Das geht aus der Antwort von Minister Schöneburg auf eine parlamentarische Anfrage der CDU hervor. 2009 lagen an Landgerichten im Schnitt noch 7,1 Monate zwischen Eingang und Erledigung eines Falls in der ersten Instanz. 2011 waren es schon 10,2 Monate. An den Amtsgerichten verlängerte sich die Verfahrensdauer. 2011 wurden Fälle, die vor dem Jugendrichter kamen, nach 3,8 Monaten beendet. Zwei Jahre zuvor waren es noch 3,5 Monate. Bis die Polizei die Fälle an die Staatsanwaltschaften weiterleitet, dauert es im Schnitt zusätzlich rund drei Monate.

Worin die Gründe für die längeren Verfahren tatsächlich liegen, konnten gestern weder Staatsanwaltschaften noch Justizministerium auf Anfrage beantworten. Klar ist, dass die Verzögerungen für das Land teuer werden könnten. Denn wer lange auf sein Urteil warten muss, darf auf Schadensersatz klagen.

Ein weiteres Problem: Würden Jugendliche nicht zeitnah bestraft, verstünden sie das Ausmaß ihrer Vergehen nicht. Dass es falsch ist, zu stehlen, zu randalieren oder zu prügeln, fürchtet Danny Eichelbaum. Andreas Müller, der am Amtsgericht Bernau (Barnim) über junge Straftäter richtet, kann dem nur zustimmen: „Der Staat handelt verantwortungslos“, sagt er. „Die Jungen und Mädchen die Straftaten begehen, werden dieses weiterhin tun, wenn sie keine unmittelbare Strafe spüren. Wenn sie vor mir im Gerichtssaal sitzen, habe ich sie erst einmal unter Kontrolle.“

Für Müller liegen die Probleme allerdings nicht allein auf personeller, sondern auch auf der inhaltlichen Ebene: Seit gut zehn Jahren setzt er sich dafür ein, das so genannte Neuköllner Modell in Brandenburg einzuführen. Jugendstrafverfahren würden dann innerhalb weniger Tage verhandelt. „Vier Monate ist zu lang, wenn man es in sechs Wochen schafft“, sagt Müller. Das Neuköllner Modell geht auf die verstorbene Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig zurück. Es zielt auf zeitnahe Verfahren ab.

MAZ Kommentar von Volkmar Krause

Justizminister Volkmar Schöneburg hat es bisher ganz gut verstanden, Kürzungspläne für seinen Bereich abzuwehren. So setzte sich der Minister der Linken im Kabinett durch und konnte den Abbau von Gerichtsstandorten verhindern. Sein Hauptkritiker, SPD-Innenminister Dietmar Woidke, musste sich geschlagen geben. Ob Schöneburg aber weiter als Sieger aus dem Ring geht, darf bezweifelt werden. Denn nun könnte es auch für ihn richtig ungemütlich werden. Sein eigener Genosse, Finanzminister Helmuth Markov, will im Zuge des Personalabbaus in der Landesverwaltung im Justizbereich mindestens 550 Stellen streichen. Aber es ist wohl eher von knapp 1000 auszugehen. Selbst wenn alle Amtsgerichte weiter in Betrieb bleiben, stellt sich die Frage, wie man den Abbau von etwa 300 Richterstellen verkraften soll. Schon jetzt ist die Verfahrensdauer teilweise immens. Der Ansatz, dass die Strafe auf dem Fuße folgen soll, um etwa im Jugendstrafrecht einen erzieherischen Effekt zu erzielen, wird schon jetzt kaum umgesetzt.

Schöneburg hat sich erst mal abgeduckt und will die Sparpläne nicht kommentieren. Helfen wird ihm das nicht.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung,
13.06.2012*

Amtseinführung des neuen Präsidenten des
Landesverfassungsgerichtes Jes Möller am 06.06.2012



Lange Verfahren bei Sexstraftaten Regierung räumt schwere Mängel bei Behörden ein

Nach dem Skandal um Ermittlungsspannen im Fall des sexuellen Missbrauchs auf einer Kinder-Intensivstation in Berlin hat Brandenburgs Landesregierung jetzt schwere Mängel in Brandenburgs Polizei- und Justizbehörden einräumen müssen. Die Ermittlungen ziehen sich von der ersten Anzeige bei der Polizei bis zum Abschluss durch die Staatsanwaltschaft über mehrere Monate hin - obwohl für einige Fälle ein Beschleunigungsgebot gilt. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Antwort der CDU-Landtagsfraktion hervor. So brauchte die Polizei in den Jahren 2009 bis 2011 in Fällen von sexuellem Missbrauch von Schutzbefohlenen oder von schwerem sexuellem Missbrauch von Kindern zur Herstellung und Verbreitung von pornografischen Schriften mehr als viereinhalb Monate von der Aufzeichnung bis zur Übergabe an die Staatsanwaltschaft. Im Durchschnitt brauchte die Polizei bei allen Verfahren gegen die sexuelle Selbstbestimmung 2,1 Monate in den Jahren 2009 und

2010 sowie 1,8 Monate im Jahr 2011.

Die Staatsanwaltschaften benötigten dann nochmals mehrere Monate vom Eingang bis zum Abschluss des Verfahrens etwa durch Anklageerhebung. Im Durchschnitt waren es im vergangenen Jahr 5,8 Monate, in den Vorjahren 4,1 Monate (2009) und 6,2 Monate (2011).

Im Durchschnitt brauchten beide Behörden für die Bearbeitung von der Anzeige bei der Polizei bis zur Erledigung durch die Staatsanwaltschaft 7,6 Monate, im Jahr 2009 waren es 6,2 Monate und 2010 dann 8,3 Monate. Hinzu kommen die Zulassung der Anklagen und die Prozesse an den Gerichten - was eine Gesamtdauer von mehr als einem Jahr bedeutet.

CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum sagte den PNN: "Die Verfahrensdauer der Bearbeitung von Straftaten gegen die sexuelle Mitbestimmung ist in Brandenburg eindeutig zu lang. Sieben bis acht Monate Bearbeitungszeit sind für die Opfer unzumutbar." Gerade die Staatsanwaltschaften müssten derlei Verfahren schneller bearbeiten. Eichelbaum macht Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg für die langen Verfahren verantwortlich. "Anstatt immer nur die Interessen der Täter zu vertreten, kann der Justizminister hier die Situation der Opfer verbessern", sagte Eichelbaum. "Gerade bei Sexualstraftätern muss die Strafe der Tat auf den Fuß folgen. Nur so können Wiederholungstaten vermieden werden."

Anlass für die Anfrage der CDU-Fraktion war der Fall eines Krankenpflegers, der Mitte Mai in Berlin nach sexuellen Übergriffen auf mehrere Jungen auf der Kinderintensivstation des Helios-Klinikums in Berlin-Buch zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden ist. Im Prozess waren schwere Ermittlungsspannen bekannt geworden. Das Polizeipräsidium Brandenburg prüft seither disziplinarrechtliche Schritte gegen Polizeibeamte in Oranienburg (Oberhavel).

Eine erste Überprüfung hatte "individuelles Versagen einzelner Beamter" ergeben. Demnach hatten die Polizisten, bei denen die Eltern eines Opfers am 13. September 2010 Anzeige erstattet hatten, nicht nach den Vorschriften gehandelt.

Es dauerte gut drei Monate, bis der Pfleger im Dezember verhaftet werden konnte. Wären die Ermittlungen zügiger verlaufen und das Klinikum zeitiger unterrichtet worden, hätte die dritte Tat des Mannes eventuell verhindert werden können. Bei einem Verdacht auf sexuellen Missbrauch eines Kindes gilt bei Ermittlungen ein Beschleunigungsgebot.

Jetzt räumt die Landesregierung ein, dass die Beamten in Oranienburg zur Gefahrenabwehr zumindest die Polizei in Berlin hätten informieren müssen: "Aus welchem Grund dies unterblieb, wird im Zuge der laufenden internen Ermittlungen zu klären sein." Alexander Fröhlich

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 05.06.2012



Landtag Brandenburg mit
Brandenburgs Innenminister Dr.
Dietmar Woidke am 07.06.2012

Märkische CDU fordert Fußfessel für Hooligans - Union unterstützt Generalbundesanwalt / Innenminister beraten über Gewalt in Stadien

Fußfessel für Fußballfans: Die CDU in Brandenburg plädiert für die elektronische Überwachung von Hooligans. Das Polizeigesetz müsse entsprechend geändert werden, forderte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, am Wochenende. „Der Staat darf vor der zunehmenden Gewalt in Fußballstadien nicht kapitulieren“, so Eichelbaum. Platzverweise für gewaltbereite Fans reichten nicht aus. Eichelbaum sprach sich auch für mehr Videoüberwachung in Stadien und schnellere Verfahren gegen gewalttätige Fußballrowdys aus. „Jeder Hooligan muss spüren, dass es eine Null-Toleranz für Gewalt in Fußballstadien gibt.“

Die märkische Union unterstützt damit einen Vorschlag von Generalbundesanwalt Harald Range. Dieser hatte sich in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) für elektronische Fußfesseln für „notorische Hooligans“ ausgesprochen. Diese würden die Möglichkeit der Polizei zur Kontrolle bekannter gewaltbereiter Fans verbessern, sagte Range. Derzeit könnten die Beamten nur Platzverweise aussprechen, aber in der Praxis kaum sicherstellen, dass diese auch eingehalten würden.

Die märkische SPD-Fraktion warnt hingegen vor „Schnellschüssen“. Man müsse erst prüfen, ob es tatsächlich Probleme bei der Durchsetzung von Stadionverboten gibt, sagte der rechtspolitische Sprecher Andreas Kuhnert. Auch das Innenministerium reagiert mit Skepsis auf den CDU-Vorstoß. Eine Fußfessel löse das Problem, dass einzelne Fans zu Gewalt bereit seien, nicht. „Die Verantwortung liegt in erster Linie bei den Vereinen“, sagte ein Ministeriumssprecher gestern der MAZ. Die Innenminister der Länder wollen bei ihrer morgen beginnenden Frühjahrskonferenz in Göhren-Lebbin über das Thema Sicherheit in Stadien beraten.

Siegfried Kirschen, Präsident des Fußball-Landesverbandes Brandenburg, bezeichnete die Fußfessel als „einschneidende Maßnahme, die juristisch Bestand haben muss“. Der einstige Fifa-Schiedsrichter sagte außerdem: „Wenn man sich sicher ist, dass es wirklich die Hooligans sind, die die Randalen zu verantworten haben, kann es eine sinnvolle Maßnahme sein.“

In der letzten Zeit war es bei Spielen der Bundesligen immer wieder zu Zwischenfällen gekommen, zuletzt beim Relegationsrückspiel zwischen Hertha BSC Berlin und Fortuna Düsseldorf. Aber auch bei Spielen des Drittligen Babelsberg 03 flogen schon Rauchbomben.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.05.2012

Danny Eichelbaum: Sicherheitsbehörden dürfen auf dem linken Auge nicht blind sein

Christlich Demokratische Juristen diskutierten mit Brandenburgs Verfassungsschutzchefin Winfriede Schreiber über die Gefahren des Extremismus in Brandenburg

Am 22.5.2012 diskutierten die Mitglieder des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen in der Zentrale für Politische Bildung in Potsdam mit der Leiterin des Brandenburger Verfassungsschutzes, Winfriede Schreiber, über das Thema: "Extremismus in Brandenburg-Gefahr für die Demokratie". Trotz des immer weiter sinkenden Einflusses der NPD gibt es in Brandenburg immer noch rund 1100 Personen, die der rechtsextremistischen Szene zugerechnet werden, aber auch 570 Linksextremisten.



Der Vorsitzende des LACDJ, Danny Eichelbaum MdL, warnte deshalb die Sicherheitsbehörden auch davor, auf dem linken Auge blind zu sein. "Links- und Rechtsextremisten stellen die demokratische Grundordnung in Frage und müssen deshalb staatlich überwacht und bekämpft werden. Dafür benötigt der Brandenburger Verfassungsschutz aber eine ausreichende Personalausstattung. Die von der rot-roten Landesregierung vorgesehene Personalreduzierung auf 80 Beschäftigte ist absolut inakzeptabel und gefährdet die Innere Sicherheit in Brandenburg.", so Eichelbaum.

Verfassungsschutzchefin Winfriede Schreiber machte auf die neuen Herausforderungen des Verfassungsschutzes aufmerksam. Die Extremisten organisieren sich in Brandenburg mittlerweile in Kampfsportgruppen und verbreiten ihre Ideologien zunehmend über das Internet, eine stärkere Beobachtung der Internetaktivitäten ist deshalb unabdingbar. Eine Konsequenz aus den Versäumnissen bei der Aufklärung der Morde durch die NSU Terrorgruppe ist die Schaffung einer zentralen Verbunddatei Rechtsextremismus sowie die bessere und länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Der LACDJ Brandenburg ist der Auffassung, dass ein NPD-Verbotsverfahren sorgfältig geprüft werden muss. Gründlichkeit geht hier vor Schnelligkeit. Die Politik darf hier nicht leichtsinnig sein und in Aktionismus verfallen.

Quelle: www.cdu-brandenburg.de, 23.05.2012

CDU-Opposition wirft Justizminister Verschwendung vor – Jugendarrestplätze gemeinsam mit Berlin planen

Die CDU-Opposition hat Justizminister Volkmar Schöneburg und Finanzminister Helmuth Markov (beide Linke) bei den Planungen für den Jugendarrest Steuerverschwendung vorgeworfen. Statt dafür am Standort in Königs Wusterhausen (Dahme-Spreewald) fünf Millionen Euro auszugeben, sollte Brandenburg mit Berlin zusammenarbeiten, sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, am Freitag in Potsdam.

Er forderte Justizminister Schöneburg auf, Häftlinge aus Brandenburg in der Bundeshauptstadt unterzubringen. Schließlich habe Berlin erst vor kurzem seine Kapazitäten im Jugendarrest erhöht, sagte Eichelbaum zur Begründung.

Er verwies zudem auf abnehmende Zahl von Jugendstrafverfahren. Die Zahl der Personen im Arrest sei in den Jahren 2009 und 2010 um zwölf Prozent zurückgegangen. Zudem koste die Unterbringung der Häftlinge in Containern monatlich 7555 Euro - Ausgaben, die in keinem Verhältnis zu den dort lebenden 13 Jugendlichen stünden. Unterstützung für seine Forderungen erhielt Eichelbaum von der Deutschen Justizgewerkschaft und dem Bund Brandenburger Staatsanwälte. Berlin sei zentral gelegen, das Land Brandenburgs spare Geld für einen Neubau, das dann nicht benötigte Personal könnte anderswo eingesetzt werden, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

Für eigenen Bedarf gebaut

Das Justizministerium in Potsdam wies den Vorstoß zurück. Berlin habe nur für den eigenen Bedarf Arrestplätze gebaut und könnte keine Brandenburger mit unterbringen, sagte der Abteilungsleiter für Strafvollzug, Manfred Koldehoff, der Nachrichtenagentur dpa. Die geplanten 23 Plätze in der neuen Anstalt in Königs Wusterhausen würden einerseits für den Freizeitarrest an Wochenenden und andererseits für den sogenannten Warnschuss-Arrest, wie ihn der Bund einführen wolle, gebraucht. Derzeit gebe es in Brandenburg 17 Arrestplätze, die schon jetzt nur knapp ausreichen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.05.2012



Pressekonferenz mit dem
Justizsenator von Berlin
Thomas Heilmann (CDU) in
Potsdam am 24.04.2012

Überlange Jugendstrafverfahren - Minister räumt Defizite ein / Kritik der CDU

Jugendstrafverfahren ziehen sich an Brandenburgs Landgerichten immer mehr in die Länge. Gleichzeitig gehen weniger Fälle bei den Gerichten ein. Lagen 2009 im Schnitt noch 7,1 Monate zwischen Eingang und Erledigung eines Falls in der ersten Instanz, waren es 2011 schon 10,2 Monate. Das entspricht einem Anstieg von etwa 30 Prozent, wie aus einer Antwort von Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) auf eine parlamentarische Anfrage hervorgeht. Kritik an der Verfahrensdauer kam von der CDU. Auch an den Amtsgerichten verlängerte sich die Verfahrensdauer leicht.

Dort wurden Fälle, die von einem Jugendrichter bearbeitet wurden, 2011 nach durchschnittlich 3,8 Monaten beendet. Zwei Jahre zuvor waren es noch 3,5 Monate. Bei Jugendschöffengerichten blieb die Verfahrensdauer mit 4,1 Monaten im vergangenen Jahr fast konstant.

An den Landgerichten gingen im Jahr 2009 in der ersten Instanz 93 Fälle ein, zwei Jahre später lediglich 59. Auch an den Amtsgerichten sank die Zahl deutlich: von rund 12 000 im Jahr 2009 auf rund 8400 im Jahr 2011. Die Jugendkriminalität ist in Brandenburg rückläufig. So ging die Zahl der Straftäter unter 21 Jahren im Jahr 2011 auf 14 400 zurück. Das seien 11,6 Prozent weniger als noch 2010, hatte Innenminister Dietmar Woidke (SPD) im Februar bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik gesagt.

Der Rechtsexperte der oppositionellen CDU, Danny Eichelbaum, kritisierte am Sonnabend, "dass die Bekämpfung der Jugendkriminalität von der rot-roten Landesregierung stiefmütterlich behandelt" werde. Der Anteil der vereinfachten Strafverfahren - innerhalb von 14 Tagen nach der Tat - an den Jugendstrafverfahren im Land liege gerade einmal bei 0,2 Prozent. "Die Strafe folgt der Tat nicht mehr auf den Fuß", kritisierte Eichelbaum. Die Laufzeiten von Jugendstrafverfahren müssten reduziert werden, forderte er.

MAZ Kommentar:

Volkmar Krause über die langen Jugendstrafverfahren und einen wichtigen Erziehungsgrundsatz

Es wirft kein gutes Licht auf die brandenburgische Justiz, dass Jugendstrafverfahren insbesondere an den Landgerichten immer länger dauern. Offensichtlich werden andere Verfahren als wichtiger angesehen und vorgezogen. Sicher müssen die Gerichte, die oft stark belastet sind, Prioritäten setzen. Für die pädagogische Wirkung ist es jedoch von Nachteil, wenn Verfahren gegen Jugendliche 2009 im Durchschnitt nach gut sieben Monaten erledigt waren, aktuell dafür aber mehr als zehn Monate veranschlagt werden. Angesichts dersinkenden Jugendkriminalität kann die Zahl der Fälle nicht das Problem sein. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) sollte genau klären, was zum Verfahrensstau führt. Denn die Strafe erzielt nur dann Wirkung, wenn sie auf dem Fuß folgt. Dieser Grundsatz, den die bekannte Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig immer wieder hervorgehoben hat, sollte auch in Brandenburg gelten. Angesichts der Tatsache, dass der Anteil von vereinfachten Strafverfahren - innerhalb von zwei Wochen nach der Tat - gerade einmal bei 0,2 Prozent liegt, kommen Zweifel auf, ob der Grundsatz tatsächlich Arbeitsgrundlage der Justiz ist.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.04.2012

Harter Schlagabtausch zum Strafvollzug - CDU verlangt in emotionaler Landtagsdebatte Beibehaltung bisheriger Regelungen zum Hafturlaub

Die erwogene Vollzugslockerung für Schwerverbrecher hat im Landtag zu einer hitzigen Debatte geführt. Ein von der CDU eingebrachter Antrag gegen einen von mehreren Bundesländern ausgearbeiteten Musterentwurf wurde am Donnerstag mehrheitlich abgelehnt. Danny Eichelbaum: "Brandenburg darf nicht zur Oase für Schwerverbrecher werden."

Die CDU nutzte am Donnerstag die aktuelle Debatte zu einem neuen Strafvollzugsgesetz zu scharfen Angriffen auf die rot-rote Regierungspolitik, insbesondere auf die Vorstellungen von Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) zur Resozialisierung. Die anderen Fraktionen, auch Grüne und FDP machten deutlich, dass sie diese Form der Oppositionspolitik nicht mittragen.

Der CDU-Abgeordnete Danny Eichelbaum warf der Landesregierung vor allem vor, zukünftig lebenslänglich Verurteilten nicht mehr wie bisher nach zehn, sondern nach fünf Jahren gewisse Vollzugslockerungen wie beispielsweise einen Langzeitausgang gewähren zu wollen. Damit würde sowohl die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet als auch der Schutz der Opfer vernachlässigt. Es sei den Angehörigen von Mordopfern nicht zuzumuten, wenn sie bereits nach wenigen Jahren den Tätern auf der Straße begegneten. Eichelbaum sagte, Brandenburg dürfe nicht "eine Oase für Schwerverbrecher" werden und Gefängnisse nicht zu "Erholungsheimen".

Sämtliche anderen Redebeiträge distanzieren sich eindeutig von diesen Ausführungen des CDU-Politikers. Insbesondere die beiden kleineren Oppositionsparteien griffen Eichelbaum an. Die FDP-Abgeordnete Linda Teuteberg sagte, für Liberale stehe die Verpflichtung zur Menschenwürde im Vordergrund. Dies gelte auch für die Behandlung von Straftätern durch den Staat. Die FDP wolle nicht nur im wirtschaftlichen Bereich einen Staat, der seine Eingriffe auf das Notwendige begrenzt.

Die Abgeordnete der Grünen Sabine Niels warf der CDU vor, eine populistische Kampagne zu führen und damit die Zusammenarbeit in der Opposition aufzukündigen. Justizminister Volkmar Schöneburg argumentierte unter anderem mit Blick auf den Strafvollzug in der früheren DDR. Dort sei versucht worden, die Gefangenen zu brechen, indem sie ein Objekt der Strafmaßnahmen des Staates wurden. Das Grundgesetz verpflichte den Staat aber zu einer menschenwürdigen Behandlung auch von Verbrechern.

Der Minister erläuterte ausführlich und unter Hinweis auf die Übereinstimmung mit FDP und Grünen seine Position, nach der der beste Schutz der Bevölkerung in einer möglichst effektiven Resozialisierung liege. Diese Auffassung hatte Schöneburg in der Vorwoche im RUNDSCHAU-Interview erläutert und festgestellt: "Resozialisierung ist der beste Schutz der Bevölkerung vor Rückfalltätern." Im Landtag fügte er hinzu, dass Brandenburg dabei großen Nachholbedarf habe.

Derzeit würden bei der Behandlung der 71 Häftlinge, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßten, die verfassungsrechtlichen Anforderungen nur unzureichend erfüllt. Viele seien weit über 15 Jahre lang schon im Strafvollzug, nur wenige erlebten derzeit Vollzugslockerungen.

Für die CDU reagierte Danny Eichelbaum auf Schöneburg und die anderen Redner mit einer weiteren Verschärfung seiner Vorwürfe. Der Minister werde seinen Aufgaben nicht gerecht und rede wie ein Strafverteidiger, der seinen Mandanten verpflichtet sei. Er wolle mehr Rechte für Schwerverbrecher und weniger Sicherheit für die Bevölkerung.

Damit endete eine Debatte, die noch einmal deutlich werden ließ, dass die Christdemokraten des Landes eine Politik der radikalen Abgrenzung nicht nur von der rot-roten Koalition, sondern auch von den anderen Oppositionsparteien vorantreibt. *Quelle: Lausitzer Rundschau, 27.04.2012*

Kein erweiterter Stasi-Check - Rot-Rot lehnt Oppositionsanträge ab / Grünen-Fraktionschef: Es herrscht Anarchie

Die Opposition im Landtag ist mit dem Vorstoß gescheitert, leitende Landesbedienstete auf Stasi-Mitarbeit überprüfen zu lassen. Der Landtag hat gestern mit rot-roter Mehrheit zwei Anträge von CDU und Grünen abgelehnt, die auf eine weitergehende Stasi-Überprüfung abzielten. Gemäß des Stasi-Unterlagengesetzes, für das der Bundestag den zu überprüfenden Personenkreis im Vorjahr erweitert hatte, sollen laut Opposition leitende Angestellte in Ministerien, Landesbehörden und -betrieben einem Stasi-Check unterzogen werden. Betroffen wären davon auch Abteilungs- und Referatsleiter.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, verwies auf 152 stasi-belastete Mitarbeiter im Justizbereich und 87 im Landeskriminalamt. Zudem war jüngst der Fall einer Referatsleiterin im Sozialministerium bekanntgeworden, die bei ihrer Einstellung in den Landesdienst Anfang der 90er Jahre die frühere Stasi-Zuträgerschaft verschwiegen hatte. „So etwas gibt es in keinem anderen Bundesland“, sagte Eichelbaum. Der Landesregierung fehle der Überblick, wo es „schwarze Schafe“ in der Verwaltung gebe. Schuld daran sei die SPD, die zu Zeiten der Alleinregierung 1995 die Stasi-Regelanfrage abgeschafft habe.

Der Fraktionschef der Grünen, Axel Vogel, warf der Regierung vor, wiederholt falsche Angaben über belastete Mitarbeiter gemacht zu haben. So habe Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) die Zahl betroffener Richter und Staatsanwälte mehrmals nach oben korrigieren müssen, sagte Vogel. Es herrsche „Anarchie“, bei der jedes Ministerium offenbar eigene Wege gehe. Der Grünen-Fraktionschef plädierte für ein verdachtsunabhängiges, einheitliches und transparentes Verfahren. Das novellierte Stasi-Unterlagengesetz biete dafür einen guten Rahmen.

Das Kabinett hatte sich am vergangenen Dienstag auf ein Verfahren zur Stasi-Überprüfung geeinigt. Demnach sollen Minister, Staatssekretäre und politische Beamte vor Amtsübernahme einem Check unterzogen werden. Das Gleiche soll für Beamte, Richter und anderen Beschäftigte gelten, die erstmals die Leitung einer Behörde, eines Gerichts oder eines Landesbetriebs übernehmen. Verdachtsunabhängige Überprüfungen lehnen SPD und Linke weiter ab, wie Staatskanzleichef Albrecht Gerber erklärte. Im Gesetz sei an dieser Stelle eine „Kann-Bestimmung“ formuliert.

Der Opposition geht das nicht weit genug. CDU-Rechtsexperte Eichelbaum wies darauf hin, dass das Unterlagengesetz ausdrücklich erlaube, Mitarbeiter ab Besoldungsgruppe A 9 und Vergütungsgruppe E 9 zu überprüfen. Würde man dem folgen, wären nahezu alle Beschäftigten betroffen, konterte der Rechtspolitiker der Linken, Stefan Ludwig. „Damit bekämen wir durch die Hintertür eine Regelüberprüfung.“ Die lehne man aber ab, weil die überwiegende Mehrheit der Landesbediensteten schon einmal überprüft worden sei.

Laut Staatskanzleichef Gerber habe es in der Landesverwaltung bisher 70 000 Stasi-Überprüfungen gegeben. Die Landesregierung werde die Mitarbeiter 22 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht unter Generalverdacht stellen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.04.2012

Ausgewählte Termine in den nächsten Wochen

18.6.2012

- 14 Uhr Eröffnung der Seniorenwoche in Thyrow
- 17 Uhr Sitzung des Kreistages in Luckenwalde

19.6.2012

- 15.30 Uhr Sitzung des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft Schönhagen

21.6.2012

- 17 Uhr Sommerfest des Fachverbandes Garten-und Landschaftsbau in Potsdam

22.6.2012

- 10 Uhr Veranstaltung im Rahmen des Konversionsommer: Jüterbog II-Gestern, heute, morgen

25.6.2012

- 10 Uhr Abschlussveranstaltung des Deutschen Wandertages in Diedersdorf
- 19 Uhr CDU Mitgliederversammlung in Dahme

26.6.2012

- 18 Uhr Sitzung des CDU Landesfachausschusses Flughafen in Potsdam

27.6.2012

- 10.30 Uhr Besuch des Amtsgerichtes Zedernick

04.7.2012

- 19 Uhr CDU Mitgliederversammlung Jüterbog

05.7.2012

- 19 Uhr CDU Mitgliederversammlung Rangsdorf

01.7.2012

- Beginn der Schultour durch den Wahlkreis



Besuch des Zentrums für deutsch-polnische Polizeizusammenarbeit in Swiecko mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestages Wolfgang Bosbach MdB am 09.05.2012

Quiz rund um das runde Leder und den Sport zur Fußball-EM

Liebe Leserinnen und Leser des Wahlkreisbriefes,

aus gegebenem Anlass finden Sie auf den folgenden Seiten, als einmalige Aktion zur Fußball-Europameisterschaft, ein Quiz rund um die schönste Nebensache der Welt. Ich hoffe Ihnen gefällt der kurzweilige Zeitvertreib. Testen Sie Ihr Allgemeinwissen rund um Fußball und Sport.

Sollten Sie sich an einer Frage mal die Zähne ausbeißen, so stehen die Lösungen am Ende des Quiz.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Die Fragen:

1. Wie oft wurde die Deutsche Fußball-Nationalmannschaft bereits Fußball-Europameister?
 - a) 2 mal
 - b) 3 mal
 - c) 5 mal
2. Wer schoss das erste „Golden-Goal“ der EM-Geschichte?
 - a) Gerd Müller
 - b) Roberto Baggio
 - c) Oliver Bierhoff
3. Wie heißt der Erfolgstrainer der Fußballdamen von Turbine Potsdam? (siehe Foto)
 - a) Jürgen Hingsen
 - b) Eduard Geyer
 - c) Bernd Schröder
4. Welcher dieser Spieler hält bis heute den Rekord von 9 Toren in einem EM-Endrundenturnier?
 - a) Michel Platini
 - b) Marco van Basten
 - c) Miroslav Klose

5. Welcher Verein stellt mit 13 Spielern das größte Kontingent an Spielern für die Nationalmannschaften bei der Fußball-EM?
 - a) Real Madrid
 - b) Bayern München
 - c) FC Liverpool

6. In welcher Sportart ist der Ukrainische Stürmerstar Andriy Shevchenko nationaler Amateur-Vizemeister seines Landes?
 - a) Boxen
 - b) Billard
 - c) Golf

7. Welcher ehemalige Weltklasseathlet sitzt für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag?
 - a) Eberhard Ginger
 - b) Frank Busemann
 - c) Klaus Augenthaler

8. Wer war Trainer der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der EM 2000?
 - a) Erich Ribbeck
 - b) Rudi Völler
 - c) Jürgen Klinsmann

9. Wie hieß der Torwart der dänischen Sensationseuropameister von 1992?
 - a) Edwin van der Saar
 - b) Torben Poulsen
 - c) Peter Schmeichel

10. Welcher deutsche Spieler hat mit insgesamt 5 Treffern die meisten EM-Tore für Deutschland bei allen bisherigen Turnieren erzielt?
 - a) Jürgen Klinsmann
 - b) Olaf Thon
 - c) Karl-Heinz Riedle

Mit Fußballtrainer Bernd Schröder beim Sommerfest der Landesregierung in Potsdam am 13.06.2012





Die Lösungen: 1.b, 2.c, 3.c, 4.a, 5.b, 6.c, 7.a, 8.a, 9.c, 10.a

*Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*